

ORTE DER VIELFALT

statt Ausgrenzung und Rassismus!

AKTIV FÜR MEHR DEMOKRATIE:

- › Engagement in Kiezinitiativen, Vereinen, demokratischen Parteien, Schüler_innenvertretungen, Willkommensinitiativen, Migrant_innenorganisationen und Jugendinitiativen u.v.m.
- › Beteiligung in bezirklichen Bündnissen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
- › Wahrnehmen des Demonstrationsrechts, z.B. durch Kundgebungen und Demonstrationen
- › Teilnahme an und Planung von Aktionen, z.B. Putzaktionen zum Entfernen (extrem) rechter Propaganda
- › Einbringen in Bürger_innenversammlungen
- › Mitglied werden in den Kiezbeiräten und anderen Gremien
- › Demokratische Inhalte wählen
- › Bezirkliche Mitbestimmungsrechte wahrnehmen, z.B. als Bürger_innendeputierte
- › Wahrnehmen der Bürger_innenfragestunde in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
- › Teilnahme an den Sitzungen der BVV und öffentlichen Ausschusssitzungen
- › Nutzen des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden
- › Starten von Bürger_innenbegehren und Bürger_innenentscheiden
- › Ansprechen von Politiker_innen bei Stadtpaziergängen, Kiezfesten und Bürgersprechstunden
- › Melden von diskriminierenden Vorfällen an die bezirkliche Registerstelle (www.berliner-register.de)

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter - pad@gmbh.kastanienallee 55-12627 Berlin (Träger der Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke)
Fotos: Mike Herbst, Fito Senabre, Xuanyu / Flickr

BERLIN BLEIBT BUNT!

(Extrem) Rechte und rechtspopulistische Positionen sind in ganz Europa, Deutschland und Berlin im Aufwind. Das von NPD, AfD und anderen rechten Parteien geforderte Berlin ist nicht das Berlin, das wir wollen: Berlin war und ist eine Weltmetropole, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Kultur, Religion, sexueller und geschlechtlicher Identität zusammen leben. Unsere Stadt verändert sich ständig. Wohin geht der Wandel? Werden

mehr Mietwohnungen oder mehr Eigentumswohnungen gebaut? Stehen genug Kitaplätze zur Verfügung? Werden Geflüchtete dezentral in Wohnungen oder am Stadtrand in Containern untergebracht? Über solche Fragen wollen wir demokratisch mit allen, die hier leben, diskutieren. Das geschieht natürlich nicht ohne Konflikte. Aber gemeinsames Aushandeln von Problemen und Engagement in der Stadtpolitik ist unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Denn: Demokratie wird von uns allen gemacht und geht uns alle an!



Eine Initiative von Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick www.zentrum-für-demokratie.de
Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke Lichtenberg www.licht-blicke.org
[moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt www.pfefferwerk.de/moskito
Vor-Ort Büro „Demokratie in der Mitte“ www.demokratie-in-der-mitte.de

Weitere Informationen: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) www.mbr-berlin.de
Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus www.reachoutberlin.de



POSITIONIERE DICH!

Für demokratische Streitkultur und gegen (extrem) rechte Inhalte im Wahlkampf!

A Am 18. September 2016 finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt. Zu den Wahlen werden die Stimmen, die zur Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder ihres sozialen Status aufrufen, immer besonders laut. Rassistische Töne finden sich auch jenseits von extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien. **Wir finden es wichtig, jeder Diskriminierung ein klares Nein entgegen zu setzen.**



SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG

Wir stehen für Menschenrechte und die Gleichwertigkeit aller Menschen ein. Menschen, die aus anderen Teilen der Welt zu uns kommen, um hier ein besseres Leben zu finden, sind per se keine Bedrohung für unsere Demokratie. Im Gegenteil: Sie bringen einen Reichtum an Erfahrungen und Lebensweisen mit, die auch eine Bereicherung sind.

Extreme und populistische rechte Parteien meinen, dass Menschen, die hier Schutz oder eine Lebensperspektive suchen, die nationale Sicherheit, die Sozialsysteme sowie die „deutsche Kultur“ bedrohen. Einem deutschen „Wir“ stellen sie die eingewanderten „Anderen“ als rückschrittlich und gefährlich gegenüber, die „unsere Kultur“ zerstören. Die NPD sagt: „Unser Volk zuerst!“. Die AfD sagt: „Der Islam gehört nicht

zu Deutschland!“¹. Beide schüren damit die Angst, dass die deutsche oder abendländische Gesellschaft „ausgetauscht“ und verschwinden wird. Multikulturelle Gesellschaft gibt es für die AfD nur als „Parallelgesellschaft“², deshalb fordert sie die Senkung der Flüchtlingszahlen „auf Null“³. Dazu passt auch, dass rechte Parteien die Schuld an den sozialen Missständen im Land der bundesdeutschen Asylpolitik und den Asylsuchenden selbst geben.

Fakt ist, dass Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte hier bereits seit langem friedlich zusammen leben. Wir sind gegen eine vermeintliche „Reinhaltung“ der Gesellschaft und fordern, dass soziale Strukturen für alle ausgebaut und nachhaltig gesichert werden! Die BRD ist eins der wirtschaftlich stärksten Länder – soziale Ausgrenzung und der Rückbezug auf die Nation können nicht der richtige Weg sein!

VIelfÄLTIGE LEBENSENTWÜRFE STATT TRADITIONELLER FAMILIENMODELLE

Im Grundgesetz ist verankert, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Um die Benachteiligung von Frauen in der Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt und anderen gesellschaftlichen Bereichen einzuschränken, wurden Frauenquoten und Gleichstellungsbeauftragte eingeführt. Zu den Errungenschaften der Frauenbewegung der 1960er/70er Jahre gehört auch das Recht,

über den Körper selbst zu bestimmen und beispielsweise im Falle einer ungewollten Schwangerschaft eine Abtreibung vornehmen zu können. Auch gibt es immer mehr Menschen, die das Aufziehen und Betreuen von Kindern auf mehrere Schultern jenseits der klassischen Kleinfamilie verteilen. Denn: Familie ist, wer Familie sein möchte!

Die AfD lehnt eine Gleichstellungspolitik und Frauenförderung grundsätzlich ab.⁴ AfD-Bundessprecherin Frauke Petry begrüßt eine

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

Die 2013 gegründete Partei konnte bei den jüngsten Landtagswahlen mit deutlich zweistelligen Ergebnissen trumpfen. Die seit 2015 von Frauke Petry geführte AfD weist die für rechtspopulistische Parteien charakteristischen Merkmale auf: (1) Kritik an den bestehenden Eliten und Inszenierung als einzig wahre ‚Alternative‘, die die Interessen des ‚Volkes‘ vertritt. (2) Zugehörigkeit zum ‚Volk‘ wird definiert über die Unterordnung unter eine ‚deutsche Kultur‘. (3) Islamfeindlichkeit: Die Forderung, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre⁹, verkennt die Realität, dass die Mehrheit der Muslim_innen schon lange als sozial und rechtlich anerkannte Staatsbürger_innen in der BRD lebt. (4) Unsolidarische Positionen in der Sozialen Frage: Die AfD wendet sich gegen die Kitapflicht und fordert in Baden-Württemberg beispielsweise „Bürgerarbeit“ und „Aktivierende Grundsicherung“ statt soziale Absicherung durch Arbeitslosengeld II.¹⁰ (5) Und schließlich scheint die AfD an manchen Stellen offen für antisemitische und rechtsextreme Positionen: Einige Mitglieder und führende Politiker_innen der AfD waren entweder vorher Mitglied der NPD oder kooperieren mit ihr auf kommunaler Ebene¹¹, sind Vertreter_innen oder kooperieren eng mit der „Neuen Rechten“ oder halten enge Verbindungen zur „Identitären Bewegung“¹², auch wenn die Partei sich offiziell davon abgrenzt.

1 Grundsatzprogramm der AfD 31.4./1.5.2016, S. 34
2 Wahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 18
3 Flyer des Landesverbands Berlin zur Europawahl 2015
4 Grundsatzprogramm der AfD 31.4./1.5.2016, S. 40

Volksabstimmung zur Verschärfung der Abtreibungsgesetze. Die Politik habe Verantwortung, das „Überleben des eigenen Volkes“ zu sichern, so die Begründung. Wünschenswert sei für die AfD, dass eine deutsche Familie drei Kinder hat.⁵ Derartige Forderungen lassen stark an traditionelle Rollenbilder erinnern, die Menschen in ihrer freien Entfaltung einschränken.

Die AfD lehnt außerdem eine Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe in Bezug auf das Adoptionsrecht ab.⁶ Daraus lässt sich schließen, dass sie gegen die Gleichbehandlung von Homosexuellen und Transgendern ist.

Wir fordern in einer immer noch männlich dominierten Gesellschaft, dass Frauen, Lesben, Schwule, Bi- und Intersexuelle sowie Transsexuelle anerkannt und unterstützt werden! Das heißt gleiche Bezahlung, gleiche Rechte und gleiche gesellschaftliche Stellung für alle!

5 AfD: Petry will Volksentscheid über Abtreibung, Neue Osnabrücker Zeitung, 21.8.2014, aktualisiert 16.3.2016 (<http://bit.ly/1mqfEOg>)
6 Wahlprogramm zur Landtagswahl, AfD Sachsen-Anhalt, S. 9 (<http://bit.ly/1LboWzB>)
7 Grundsatzprogramm der AfD 31.4./1.5.2016, S. 3
8 <https://kottiundco.net/>
9 Grundsatzprogramm der AfD 31.4./1.5.2016, S. 34
10 Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, S. 27
11 <http://bit.ly/29BP2L9>
12 <http://bit.ly/29Dq9hl>



GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE STATT „DEMOKRATIE NUR FÜR DEUTSCHE“

In unserer Demokratie entscheiden Mehrheiten über gesellschaftliche Entwicklungen. Deshalb ist der Schutz von Grundrechten und von gesellschaftlichen Minderheiten existenziell für eine menschenrechtsorientierte Demokratie. Rechte Parteien sind aktuell mit der Strategie erfolgreich, an Gefühle fehlender Mitbestimmung anzuknüpfen und dafür vermeintlich einfache Lösungen anzubieten.

Die AfD führt als einziges Beispiel für Mitbestimmung Volksentscheide nach Schweizer Vorbild an.⁷ Bei dieser Art der Abstimmung stimmt ein größerer Teil über einen anderen ab und kann zum Verlust elementarer Rechte für eine Minderheit führen.

Politische Mitbestimmung und direkte Demokratie, die ohne Ausgrenzung und Diskriminierung auskommen, müssen entwickelt und erkämpft werden. Ein

tolles Beispiel ist die Kreuzberger Mieter_innengemeinschaft Kotti und Co.⁸ Auch wenn es wie eine Utopie scheint: Als politisch mündige Bürger_innen wollen wir uns mit allen hier lebenden Menschen auf Augenhöhe begegnen und auf komplizierte Fragen gemeinsam Antworten finden statt Schuldzuweisungen vornehmen. Demokratie bedeutet für uns auch ein Einstehen füreinander und das Schließen von breiten Bündnissen mit Gruppen, die gesellschaftliche Ausgrenzung erfahren.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLAND (NPD)

Die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschland (kurz NPD) hat in den letzten Jahren an Relevanz innerhalb der extremen Rechten verloren. Wegen Konkurrenzparteien wie „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ sowie aufgrund von Zersetzungserscheinungen innerhalb der extremen Rechten führt das erneute Verfahren zum NPD-Verbot dazu, dass sie unter Zugzwang gerät. Das Erstarken weiterer rechter Parteien bringt die NPD in die Defensive, da nun auch andere das Thema Zuwanderung aufgreifen und mit der Themenbesetzung Wahlerfolge haben. Trotz ihrer Beteiligung an „Nein zum Heim“-Protesten konnte die NPD nicht von den rassistischen Vorurteilen, die in der Gesellschaft offener formuliert und auf die Straße getragen werden, profitieren. Im Unterschied zur AfD ist die NPD eine in weiten Teilen neonazistische Partei, sie bezieht sich positiv auf den Nationalsozialismus und beruft sich auf eine biologisch begründete nationale „Volks- und Schicksalsgemeinschaft“.